Abend-Ausgabe

74. Jahrgang. Nr. 380 — Donnerstag, 14. August 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch die Post 3.40 Mk. einschließlich 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Neue Erklärungen Treviranus'

Lösung der Korridorfrage – die beste Osthilfe

Königsberg, 14. August. Der Berliner Vertreter der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister Treviranus über die Organisation der Hilfsaktion für den Osten. Dabei betonte Treviranus mit äußerstem Nachdruck, **die Not des deutschen Ostens werde bestehen bleiben, solange nicht eine vernünftige, den wirtschaftlichen Interessen der Grenzbevölkerung entsprechende neue Grenzregulierung im Osten erfolge.** Sie sei die nächste dringende Frage, die gelöst werden müsse.

Darin gehe er mit dem Kanzler, mit seinen Ministerkollegen und 90 Prozent der deutschen Bevölkerung konform.

Der Vorschlag d'Ormessons in der „Revue de Paris", das Korridorproblem etwa dergestalt zu lösen, daß souveräne deutsche Querverbindungen nach Danzig und Ostpreußen geschaffen würden, allerdings nur in der Breite eines Federstriches, sei gänzlich verfehlt. Der Minister schloß: „Die gerechte Lösung des Korridorproblems ist es, die wir mit allen politischen und diplomatischen Mitteln anstreben. Ich weiß, daß zahlreiche prominente Politiker des Auslandes, auch solche in Paris, in dieser schlechterdings europäischen Frage unsere Ansicht teilen. Man unterschätzt mich, wenn man mir unterstellen will, daß ich mir die Lösung des Korridorproblems auf kriegerischem Wege vorstelle. Nein, diese Angelegenheit ist

zunächst eine Sache des Völkerbundes.

Danach ließe sich auch eine Konferenz der beteiligten Anrainer in die Wege leiten. Wann es soweit sein wird, wage ich nicht zu prophezeien, aber die Vereinigung der Ostfrage ist jetzt, nach der Liquidation des Rheinproblems, akut. **Sie steht auf dem nächsten außenpolitischen Programm der Reichsregierung."**

Pariser Revisionsdebatte

Paris, 14. August. Der „Quotidien" behandelt in einem bemerkenswerten Artikel die beiden letzten Reden Treviranus' und sieht die ergänzenden Erklärungen des Ministers als eine Folge der Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und Briand an. Es bleibe die Frage offen, ob die wahre Ueberzeugung Treviranus' in der ersten oder zweiten Rede zum Ausdruck komme. Sicherlich gebe es in Deutschland revanchelustige Kreise genau so wie in Frankreich nach dem Kriege 1870. Der Frankfurter Vertrag sei von den französischen Republikanern genau so angegriffen worden, wie der Versailler Vertrag von den deutschen radikalen Kreisen. Wenn man in der Geschichte zurückblättere und die Befreiung des französischen besetzten Gebietes nachlese, so werde man sicherlich weniger erstaunt über die Haltung der Deutschen nach der Rheinlandräumung sein. Immerhin sei der Ausfall eines Mitgliedes der deutschen Regierung bedauerlich. Die „Volonté"

betrachtet den Zwischenfall als erledigt,

versäumt es aber bei dieser Gelegenheit nicht, die chauvinistische französische Presse anzugreifen, die stets den Splitter im Auge des Nachbarn sehe, ohne den Balken im eigenen zu bemerken. Das Blatt fragt, ob Frankreich nach dem Kriege 1870 jemals, wie die bürgerliche deutsche Presse, den Verzicht auf kriegerische Maßnahmen ausgesprochen habe. **Man könne von Deutschland nicht verlangen, endgültig auf die Rückgabe des Danziger Korridors und des Saargebietes zu verzichten.** Was man von Deutschland habe verlangen können, sei das Versprechen gewesen, seine Forderungen nicht mit Gewalt durchzusetzen. Dieses Versprechen sei gegeben und man müsse sich wirklich fragen, ob man noch mehr von Deutschland verlangen könne. Der Zwischenfall Treviranus müsse als beigelegt betrachtet werden und könne bei niemandem einen schlechten Nachgeschmack hinterlassen.

„Echo de Paris" greift die Rundfunkausführungen des Ministers in bezug auf Artikel 19 des Völkerbundspaktes an und erklärt, zur Anwendung dieses Artikels sei bekanntlich Einstimmigkeit im Völkerbundsrat und in der Vollversammlung erforderlich, die doch sehr unwahrscheinlich sei. Wenn Treviranus von der Verschiedenheit der deutschen Verpflichtungen bezüglich der Ost- und Westgrenzen gesprochen habe, so habe er damit leider nur zu recht, denn das Versprechen Deutschlands, keine gewaltsame Aenderung der Ostgrenzen vorzunehmen, sei nur in der Präambel des deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrages enthalten, und diese Präambel sei nach der Haager Rechtsprechung juristisch wertlos. Deutschland habe zwar den Kelloggpakt unterschrieben, solange aber Kelloggpakt und Völkerbundspakt sich widersprächen, könne man nicht mit Sicherheit die Verpflichtungen unterscheiden, die sie ihren Unterzeichnern auferlegten. Treviranus bestärke daher die französischen Befürchtungen eher als er sie zerstreue.

Warschauer Fanfaren

Warschau, 14. August. Die Rede des Reichsministers Treviranus hat auf die politischen Kreise Polens einen sehr starken Eindruck gemacht. Die polnische Presse benutzt die anscheinend willkommene Gelegenheit zu heftigen Ausfällen gegen Treviranus und das Reichskabinett schlechthin. Bezeichnend ist die Sprache des „Krakauer Illustrierten Kurier", der dem Regierungslager ergeben ist. Das Blatt **nennt Treviranus den Benjamin Hindenburgs. Lese man die Rede des Reichsministers, dann müsse man darüber erstaunt sein, daß Berlin soweit den Verstand und sein Gleichgewicht verloren und die Unverschämtheit der Kreuzritter das Maß so weit überschritten habe. Jetzt müsse dem polnischen Volk zum Bewußtsein kommen, daß es keinen Unterschied der Person gebe, wo es um den Schutz des Vaterlandes gehe. Polen sei das friedlichste Volk Europas (!). Nach der schrecklichen Unterdrückung durch die Tragödie des Kriegs errichtet, verlange es einen dauernden und wirklichen Frieden. Weshalb mache es seine Ansprüche nicht geltend auf alle Gebiete, die von Polen bewohnt seien, wie Schlesien, Ermland und Masuren? Aber an der deutschen Verwilderung trage auch das siegreiche Europa die Schuld, das zu rasch vergeben und vergessen habe.**

Noch über 80000 Streikende in Nordfrankreich

Paris, 14. August. Trotz der in den letzten Tagen im nördlichen Industriegebiet erfolgten Arbeitswiederaufnahme beträgt die Zahl der Streikenden immer noch über 80 000. Die Zahl der Arbeitswilligen ist am Mittwoch wieder wesentlich zurückgegangen, da sich die Arbeitgeber erneut geweigert haben, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen einzutreten. Ihre Weigerung begründen sie damit, daß die Weltwirtschaftskrise und die Unmöglichkeit der Ausfuhr von Textilwaren in den letzten Monaten ihnen ein Verlassen ihres bisherigen Standpunktes nicht erlaubten. Sie versprächen sich deshalb keinen Erfolg von direkten Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Lohnstreit noch einige Wochen andauern wird.

Wirbelsturm in Neapel

Drei Todesopfer

Rom, 14. Aug. Am Donnerstag früh wurde Neapel von einem heftigen Wirbelsturm heimgesucht, der drei Todesopfer forderte. Die Bevölkerung stürzte, von Schrecken erfüllt, in die Kirchen und die Glocken läuteten Sturm. Der Sturm wütete am stärksten in dem Fabrikviertel von Baste, wo Einfriedungsmauern einstürzten. Zwei Personen wurden unter den Trümmern begraben. Auf dem Markt wurden sämtliche Verkaufsstände zerstört; dabei wurde eine weitere Person getötet, während 20 zum Teil schwer verletzt wurden.

In ganz Italien sind heftige Unwetter niedergegangen. In Rom tobte in der Nacht zum Donnerstag ein mehrstündiges Gewitter, das stellenweise Ueberschwemmungen verursachte.

Ein Berliner in den Dolomiten abgestürzt

Bozen, 14. August. Eine aus zwei Damen und zwei Herren aus Berlin bestehende Gesellschaft unternahm am Dienstag eine Besteigung der Fünffingerspitze in den Dolomiten. Als sie an einer Felswand waren, riß plötzlich das Seil. Der zuletzt Gehende, der 21jährige Student der Berliner Technischen Hochschule Günther Roßner, stürzte über siebzig Meter in die Tiefe. Seine Freunde fanden ihn mit schweren Verletzungen auf, denen er nach einer Stunde erlag. Die Leiche wird nach Berlin übergeführt.

Acht Todesopfer des Clarenthaler Grubenunglücks. Von den bei dem Grubenunglück in Clarenthal verletzten 18 Personen sind wiederum zwei gestorben, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf acht erhöht.

Schiele stellt die Kabinettsfrage

Um die Kündigung des finnischen Handelsvertrags

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. August. **Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Kabinettssitzung zusammengetreten. Die Beratungen gelten in der Hauptsache der Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages. Die Kabinettssitzung wurde um 2 Uhr nachmittags beendet, ohne daß die Reichsregierung zu Entschlüssen hinsichtlich des deutsch-finnischen Handelsvertrages gekommen wäre. Offenbar sind die Widerstände gegen eine sofortige Kündigung gewachsen, zumal inzwischen auch Außenminister Dr. Curtius in Berlin eingetroffen ist, um an den Beratungen teilzunehmen.**

In Landbundkreisen nimmt man trotzdem an, daß sich im Kabinett, ungeachtet der heftigen Pressefehde verschiedener Interessentenkreise, für die Kündigung eine Mehrheit finden wird. Wie aus Landbundkreisen ferner bestätigt wird, ist die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages

für den Reichsernährungsminister Dr. Schiele eine Kabinettsfrage.

Dr. Schiele würde nicht mehr in der Reichsregierung verbleiben können, falls nicht die für die Landwirtschaft unbedingt notwendige Kündigung des Handelsvertrags erfolgt. Im übrigen rechnet man damit, daß unter der Hand schon weitgehende Besprechungen mit Finnland stattgefunden haben, so daß eine deutsche Kündigung mit einer sofortigen Gegenkündigung Finnlands beantwortet werden würde, worauf man dann unmittelbar in neue Handelsvertragsverhandlungen einzutreten in der Lage wäre, ohne die Kündigungsfrist von einem Vierteljahre abwarten zu müssen.

Wenn Dr. Schiele sich zu diesem äußersten Druckmittel entschlossen hat, so dürften dabei auch die Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen, die sich zwischen ihm und anderen Ministern des Kabinetts über die Ausgestaltung der Osthilfe ergeben hatten. Reichsminister Dr. Schiele stand auf dem Standpunkt, daß die Osthilfe im wesentlichen eine landwirtschaftliche Angelegenheit sei, die ressortmäßig dem Reichsernährungsministerium unterstehen müsse. Mit seiner Ansicht ist er allerdings nicht durchgedrungen, und er hat es auch nicht verhindern können, daß Preußen die Personalfrage bei der Osthilfe insofern ganz eindeutig löste, daß, wie aus der Meldung über die Osthilfebehörden hervorgeht, zwei Sozialdemokraten, nämlich der sozialdemokratische Staatssekretär Krüger und der ebenfalls sozialdemokratische Dr. Lauffer von der Preußenkasse mit wichtigen Funktionen bei der Durchführung der Osthilfe betraut werden.

Die Osthilfebehörde

Berlin, 14. August. Die Verhandlungen über die personelle Seite der Osthilfe, die gestern abend in der Reichskanzlei zum Abschluß gelangt sind, haben als Ergebnis die unmittelbare Unterstellung des Apparates der Osthilfe unter den Reichskanzler gebracht. In die Berliner Zentralstelle werden seitens des Reiches außer dem Minister Treviranus der Ministerialdirektor im Reichsernährungsministerium, Wachsmann, der die Osthilfe bisher ressortmäßig bearbeitet hat, sowie der bisherige demokratische Abgeordnete Rönneburg entsandt werden. Die preußische Regierung wird durch den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, den Staatssekretär Krüger und Dr. Lauffer vertreten sein.

Ueber die Besetzung der fünf Unterkommissariate in den Ostprovinzen ist ebenfalls eine Verständigung erfolgt. Für Ostpreußen wird Ministerialrat Musshol vom preußischen Landwirtschaftsministerium, für Pommern v. Drewitz, für die Grenzmark Ministerialrat Frankenbach, für Breslau der dortige Regierungsvizepräsident Dr. Schwendy und für Oberschlesien Oberregierungsrat Tietmann die Geschäfte des Osthilfekommissariats versehen.

Die sowjetrussische „Nation in Waffen"

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

Kowno, 14. August. **Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Zentralvollzugsausschuß ein neues vom Rat der Volkskommissare ausgearbeitetes Gesetz gutgeheißen, das die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht vorsieht. Diesem Gesetz zufolge wird die aktive Heeresmacht durch eine Art „Nation in Waffen" ergänzt werden. Alle Teile der Bevölkerung sollen zu einem „kriegsproduktiven" Dienst herangezogen werden, der in der Arbeitsdienstpflicht in den Industriewerken, in der Landwirtschaft usw. besteht. Hand in Hand damit soll eine rein militärische Ausbildung gehen. Bei den Studenten wird sich dieses Gesetz dahin auswirken, daß sie gleichzeitig mit ihrem Studium einen Militärpflichtkursus mitmachen. Auch der Landbevölkerung soll weitgehende Unterweisung im Heeresdienst zuteil werden. Das Gesetz besondere in der Landwirtschaft, Mitglieder und Arbeiter der Kollektivwirtschaften, Führer der Traktoren, Autolenker usw. zurückgestellt werden können.**

R. 100 auf dem Rückflug nach England

Montreal, 14. August. Das Luftschiff R 100 ist am Mittwoch um 9,28 Uhr abends (Sommerzeit) auf dem Montrealer Flugplatz St. Hubert zum Rückflug nach England gestartet.

SLUB
Wir führen Wissen.